

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/oelbargo-suche-nach-rettern-fuer-pck-raffinerie-in-schwedt-18005556.html> 4.5.2022

Wer rettet die PCK-Raffinerie in Schwedt?

Die zu Rosneft gehörende PCK-Raffinerie in Schwedt versorgt Berlin und Brandenburg mit Benzin und Heizöl. Ein Ölebargo könnte die Energieversorgung gefährden, sagen Politiker, denn Rosneft will nur russisches Öl verarbeiten.

Die Bundesregierung will das von der EU-Kommission vorgeschlagene Ölebargo nach anfänglichem Zögern mittragen, obgleich eine zentrale Versorgungsfrage für Ostdeutschland nicht geklärt ist: Was passiert mit der PCK-Raffinerie im brandenburgischen Schwedt, die mehrheitlich dem russischen Konzern [Rosneft](#) gehört und die weite Teile der neuen Bundesländer und der Hauptstadt versorgt? Die Raffinerie hängt an der russischen Druschba-Pipeline. Wird diese boykottiert, muss der Betrieb ruhen.

Nach dem Willen des Bundeswirtschaftsministers [Robert Habeck](#) (Grüne) könnte Schwedt von Danzig oder Rostock aus befüllt werden, doch will das PCK offenbar nicht. Der Konzern, dessen Verwaltungsrat Gerhard Schröder (SPD) führt, untersteht dem Kreml. Der hat kein Interesse daran, dass Schwedt fremdes Öl veredelt. Im Gegenteil käme es Moskau zupass, wenn in Deutschland Engpässe einträten. Und das ist ein durchaus realistische Szenario: Über die Mineralölkonzerne werden von Schwedt aus Tankstellen, Haushalte und Unternehmen mit Benzin, Diesel oder Heizöl beliefert, auch die Flugzeuge, die vom Großflughafen Berlin-Brandenburg aus starten, werden mit dem PCK-Kerosin betankt. „Die Bundesregierung nimmt willentlich in Kauf, dass die Energieversorgung in Berlin und Brandenburg ernsthaft gefährdet wird“, schimpfte der linke Abgeordnete Klaus Ernst, der Vorsitzende des Energieausschusses im Bundestag. Auch Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD)

warnte: Sollte das Werk an der Oder seine Arbeit einstellen, könnte es Versorgungsprobleme geben. ....

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/519076/Konflikt-zwischen-EU-Kommission-und-Ungarn-eskaliert> 2.5.2022

Konflikt zwischen EU-Kommission und Ungarn eskaliert

Bezahlschranke, daher Text aus Telegram

<https://t.me/EvaHermanOffiziell/92677> 3.5.2022

!!EU, Ungarn: Konflikt spitzt sich massiv zu

Ungarn hat damit gedroht, Sanktionen der Europäischen Union gegen russische Öl- und Gasimporte mit einem Veto zu verhindern. Der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyas sagte am Sonntagabend im Fernsehsender Hir TV: «Um es klar und deutlich zu sagen: Wir werden Sanktionen (in Hinblick auf Öl- und Gaslieferungen) niemals unterstützen.» In der EU ist für solche Sanktionen grundsätzlich die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten erforderlich.

Gulyas sagte dazu: «Da man sie nur einstimmig beschließen kann, hat es keinen Sinn, wenn die Europäische Kommission Sanktionen vorschlägt, die die derzeitigen ungarischen Importe einschränken würden.» Derzeit könne niemand die russischen Öl- und Gaslieferungen ersetzen. Für eine Umstellung bräuchte es fünf Jahre und «Unmengen von Geld». Die Kommission gebe Ungarn aber nicht nur kein Geld, sondern halte es zurück.

Gulyas spielte auf Finanzhilfen aus dem sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds an, die die EU-Kommission bislang nicht an Ungarn ausbezahlt, weil sie Bedenken wegen der rechtmäßigen Verwendung hat.. Der EU zufolge könnte Orban Teile der Gelder an ihm freundlich gesinnte «Oligarchen» weiterleiten."

<https://blackout-news.de/aktuelles/letzte-generation-stellt-pipelines-ab>  
2.5.2022

„Letzte Generation“ stellt Pipelines ab

[Klimaaktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ aktivierten die Notabsperrentile an mehreren Ölpipeline-Stationen in Deutschland.](#) Das Ziel, so die Aktivisten, bestand darin, Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Die Regierung soll keine weiteren Bohrungen zur Förderung fossiler Brennstoffe in der Nordsee mehr genehmigen.

Aktivisten dringen in Verteilerstationen von Pipelines ein und aktivieren Notabschaltventile

Dabei drangen die Aktivisten in die Ölpipeline-Ventilstationen an den Standorten in der Nähe von Berlin, München, Leipzig, Greifswald und Koblenz ein. Durch das Schließen der Absperrventile konnten sie den Durchfluss der betroffenen Pipelines komplett unterbinden. Danach ketteten sie sich auch noch an die Absperrventile an. Die von ihnen veröffentlichten Fotos deuten allerdings darauf hin, dass die Standorte nur leicht gesichert waren. Offensichtlich waren nur zwei Personen an jedem Standort nötig, um sich den Zutritt zu verschaffen. Es bedurfte vermutlich danach keinen großen Aufwand, die Absperrventile zu schließen. [Nur wenige Tage später erfolgten weitere Anschläge in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.](#)

Die Aktivisten forderten den deutschen Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck dazu auf, zu erklären, dass Deutschland keine fossile Infrastruktur mehr bauen werde. Die Regierung soll nach ihren Forderungen insbesondere keine neuen Ölbohrungen in der Nordsee mehr genehmigen. ...

<https://blackout-news.de/aktuelles/hacker-greifen-deutsche-windkraftanlagen-an> 3.5.2022

Hacker greifen deutsche Windkraftanlagen an

Der europäische Windenergiesektor wird gerade mit einer Welle von Hackerangriffen konfrontiert. Drei in Deutschland ansässige Windenergieunternehmen sind seit der russischen Invasion in der Ukraine das Ziel von Cyberangriffen. Dazu gehören die Unternehmen Nordex, die Deutsche Windtechnik und Enercon. Enercon war dabei indirekt betroffen, nachdem russische Hacker einen Kommunikations-Satelliten zeitweise lahmgelegt hatten. [Dadurch wurde die Kommunikation zu 5800 Windkraftanlagen unterbrochen.](#)

Drei Unternehmen in der Windbranche Ziele von Hackern

Durch die unterbrochene Satellitenverbindung konnten die Betreiber von Enercon-Windkraftanlagen vorübergehend nicht mehr auf die Steuerung ihrer Anlagen zugreifen. Die Anlagen produzierten zwar weiterhin Strom im Notbetrieb, eine Feinabstimmung war allerdings nicht mehr möglich. Dadurch konnten diese Anlagen längere Zeit auch nicht unter optimalen Bedingungen laufen. Bei der Deutschen Windtechnik haben die Hackerangriffe den Kontakt zu rund 2000 Anlagen unterbunden. Nordex hat es am härtesten getroffen, dort haben die Hacker die komplette IT-Infrastruktur lahmgelegt. Das Unternehmen musste die komplette IT herunterfahren und neu aufbauen.

Russische Hacker-Gruppen im Verdacht

Die angegriffenen Unternehmen haben die Hacks nicht öffentlich einer bestimmten kriminellen Gruppe oder einem bestimmten Land zugeschrieben. Russland hat konsequent bestritten, entsprechende Cyberangriffe veranlasst zu haben. Allerdings hat Conti, eine Ransomware-Gruppe, die ihre Unterstützung für die russische Regierung erklärt hat, sich für die Angriffe verantwortlich erklärt. Der Zeitpunkt der Angriffe deutet auf mögliche Verbindungen zu Unterstützern der russischen Invasion in der Ukraine hin, [sagte Christoph Zipf, ein Sprecher von WindEurope, einer in Brüssel ansässigen Industriegruppe.](#)

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/30-fahrende-intensivbetten-bundeswehr-schafft-lazarett-zuege-an-79935668.bild.html>

1.5.2022

30 fahrende Intensivbetten - Bundeswehr schafft „Lazarett-Züge“ an

Jetzt will auch die Bundeswehr ICE kaufen – zur Versorgung Verwundeter!

Nach BamS-Informationen sollen mindestens drei Züge (ICE 3 Neo, Stückpreis zwischen 25 und 30 Millionen Euro) angeschafft werden. Die Bestuhlung der „Lazarett-Züge“ soll bei Bedarf gegen 30 medizinische Intensivbetten ausgetauscht werden können.

Die Züge sollen aber auch mit Sitzen im regulären Bahnverkehr eingesetzt werden. Sie könnten 2025 einsatzbereit sein.

Dabei geht es nicht nur um die ärztliche Versorgung von Soldaten. Auch zivile Intensivpatienten können so auf der Schiene transportiert und in Krankenhäuser in anderen Landesteilen verlegt werden. Das hatte die Bundeswehr in der Vergangenheit per Flugzeug gemacht.

Das Verteidigungsministerium bestätigte die Pläne. Eine Sprecherin zu BILD am SONNTAG: „Ich kann Ihnen bestätigen, dass wir an der Projektierung arbeiten.“

<https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/sie-bauen-es-wirklich-monster-kanzleramt-fuer-600-millionen-euro> 1.5.2022

Sie bauen es wirklich: Monster-Kanzleramt für 600 Millionen Euro

Trotz Corona-Krise, Ukraine-Krieg, Energie-Krise, Rekordverschuldung und Haushaltsnotstand: Das Bundeskanzleramt wird in seinem Umfang verdoppelt und damit zur größten Regierungszentrale der westlichen Welt ausgebaut. ....

Der [Berliner](#) Senat hat den Bebauungsplan für die Vergrößerung des Bundeskanzleramtes genehmigt. Am bestehenden Gebäude ist ein „Anbau“ geplant.

Dieser Anbau soll Platz für 400 neue Büros schaffen und wird mit einer Nutzfläche von 25.000 Quadratmetern exakt genauso groß sein wie das jetzige Kanzleramt.

Die Baukosten werden auf 600 Millionen Euro geschätzt. Der Bundesrechnungshof geht von einer sehr viel höheren Summe aus und hat das Projekt mehrfach heftig kritisiert.

Dieser Protest hat die Bundesregierung nicht beeindruckt. Es herrsche „akuter Büromangel“, heißt es im Bundeskanzleramt. Die Planung endet 2023, dann beginnen die Bauarbeiten.

„Der Erweiterungsbau wird die Raumnot des Bundeskanzleramtes beenden“, sagte Bausenator Andreas Geisel (SPD).

Die Raumnot kam nicht von ungefähr. Sie ist das Ergebnis der Kanzlerschaft von Angela Merkel (CDU) zwischen 2005 und 2021. In diesem Zeitraum wurde die Zahl der Mitarbeiter von 460 auf 750 erhöht.

Damit sind nur die Beamten und Angestellten im „Kernbereich“ gemeint. Dazu kommen bei der Beauftragten für Kultur und Medien noch 370 und im Bundespresseamt noch 2900 Planstellen. Insgesamt wurde der Bereich des Kanzleramts auf 4106 Mitarbeiter aufgeblasen.

Und das Ende der Fahnenstange ist damit nicht erreicht: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) folgt dem schlechten Beispiel der Frau Merkel und will abermals 75 neue Planstellen in seinem Amt schaffen. Damit würde sich die Zahl der Mitarbeiter im „Kernbereich“ auf 825 erhöhen, das berichtete „Report Mainz“ (ARD) am vergangenen Dienstag. Wenn es so weitergeht, wird also auch der Anbau nicht reichen. ....

[https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bahn-muss-regionalzuege-wegen-ukraine-krieg-verkuerzen-a-fec894c1-13e7-4e89-a98d-89b91a19baee?utm\\_source=newsshowcase&utm\\_medium=discover&utm](https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bahn-muss-regionalzuege-wegen-ukraine-krieg-verkuerzen-a-fec894c1-13e7-4e89-a98d-89b91a19baee?utm_source=newsshowcase&utm_medium=discover&utm)

[\\_campaign=CCwqFwgwKg8IACoHCAowydjaAjDA Bswl45LMJrxVQ&utm\\_content=related](#) 29.4.2022

Lieferprobleme bei Rädern Deutsche Bahn muss Regionalzüge verkürzen – wegen Ukrainekrieg

Der Ukrainekrieg hat Folgen für den deutschen Schienenverkehr. Wichtige Radscheiben können wegen einer geschlossenen Fabrik nicht geliefert werden. Auf einigen Strecken fahren Regionalzüge mit weniger Wagen.

Der Ukrainekrieg führt zu Problemen im Regionalverkehr der Deutschen Bahn. Wichtige Radscheiben können nicht geliefert werden, weil die Fabrik des Herstellers Interpipe in der [Ukraine](#) derzeit geschlossen ist. Interpipe ist der Mutterkonzern des Eisenbahnhändlers K LW Wheelco mit Sitz im schweizerischen Ort Paradiso.

Auf einzelnen Verbindungen der Deutschen Bahn, auf denen Doppelstockwagen fahren, kämen wegen des Mangels vorübergehend kürzere Züge zum Einsatz, bestätigt ein Bahn-Sprecher auf Anfrage. Zugräder sind Verschleißteile, sie müssen regelmäßig ausgetauscht werden, bei normalen Wagen etwa alle ein bis drei Millionen Kilometer.

Inzwischen habe die Bahn einen neuen Hersteller aus [Spanien](#) gefunden. Dieser habe zugesagt, so der Sprecher, »bereits in diesem Monat die Produktion der Räder aufzunehmen«.

<https://www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/rehden-ort48541/gas-mehr-nur-51-prozent-europas-groesster-gasspeicher-ist-fast-leer-kein-russisches-91507368.html> 5.5.2022

Nur 0,51 Prozent: Europas größter Gasspeicher ist fast leer

Kein russisches Gas mehr für Polen und Bulgarien: Diese Nachricht beunruhigt auch Verbraucher im Landkreis Diepholz, in dessen Herzen – in Rehden – der größte Erdgasspeicher Europas liegt. Aktuell ist der gewaltige unterirdische Erdgasspeicher nur zu 0,51 Prozent gefüllt. Das

geht aus den aktuellen Daten der europäischen Organisation Aggregated Gas Storage Inventory (AGSI) hervor.

Diesen Wert hat die Organisation am 25. April veröffentlicht. Zum Vergleich: Genau ein Jahr zuvor war der Speicher zu 6,54 Prozent gefüllt und damit deutlich geringer als am 25. April 2020, denn damals registrierte AGSI einen Füllstand von 95,34 Prozent. 2019 waren es am 25. April 54,2 Prozent gewesen. Das Betreiber-Unternehmen Astora, eine Tochter der Gazprom Germany, beschreibt den Gasspeicher in Rehden auf seiner Internet-Seite so: „Er ist das Rückgrat einer sicheren Energieversorgung in Deutschland und Europa.“

Gasspeicher in Rehden: „Versorgungssicherheit gewährleistet“

Die Bundesnetzagentur verweist auf Anfrage dieser Zeitung auf ihren täglich aktuellen Lagebericht. „Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist derzeit gewährleistet“, teilt die Behörde darin mit – und versichert, dass die Einstellung von russischen Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien bislang keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Deutschland habe. Sollte [Russland allerdings die Gaslieferung nach Deutschland einstellen](#), würde die Bundesrepublik langfristig vor einem Problem stehen. ....

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/razzia-bei-der-deutschen-bank-101.html> 29.4.2022

Ermittler durchsuchen Deutsche Bank

Am Vormittag haben Ermittler der Staatsanwaltschaft Frankfurt die Deutsche Bank durchsucht. Zu den Gründen wollte sich die Staatsanwaltschaft zunächst nicht äußern.

Bei der Deutschen Bank hat es heute eine Razzia gegeben. Beamte der Staatsanwaltschaft Frankfurt, des Bundeskriminalamts und der Finanzaufsicht BaFin hätten am Vormittag Räumlichkeiten des Geldhauses durchsucht, teilte die Justiz in Frankfurt mit. Hintergrund sei ein

Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Frankfurt. Weitere Auskünfte könnte man "aufgrund der andauernden Ermittlungsmaßnahmen" derzeit nicht geben, sagte eine Sprecherin auf Anfrage von tagesschau.de.

Die Deutsche Bank selbst teilte über einen Sprecher mit, die Ermittlungen stünden im Zusammenhang mit Geldwäscheverdachtsmeldungen, die das Institut abgegeben habe. Das Institut kooperiere "vollumfänglich mit den Behörden". Weitere Details waren zunächst nicht bekannt. Die Aktie verlor nach ersten Medienberichten über die Razzia deutlich, und steht mit einem Minus von mehr als drei Prozent bei 9,37 Euro. ....

[https://blackout-news.de/aktuelles/chemieindustrie-braucht-fuer-klimaneutralitaet-mehr-strom-als-ganz-deutschland/?doing\\_wp\\_cron=1651758223.2043719291687011718750](https://blackout-news.de/aktuelles/chemieindustrie-braucht-fuer-klimaneutralitaet-mehr-strom-als-ganz-deutschland/?doing_wp_cron=1651758223.2043719291687011718750)

28.4.2022

Chemieindustrie braucht für Klimaneutralität mehr Strom als ganz Deutschland

Der Verband der deutschen chemischen Industrie hat jetzt ermitteln lassen, wie viel Strom die Branche benötigt, um im Jahr 2045, wie von der Bundesregierung beschlossen, vollständig klimaneutral zu sein.

Die gesamte Chemiebranche würde damit pro Jahr 685 Terawattstunden (TWh) an elektrischer Energie benötigen. Soviel Strom wird benötigt, um die gesamte chemische Grundstoffindustrie in Deutschland auf klimaneutrale Verfahren umzustellen. Der Stromverbrauch der Chemieindustrie läge damit über 20 Prozent höher, als der in ganz Deutschland verbrauchte Strom im Jahr 2021. Im Jahr 2021 hat Deutschland 662 TWh Strom verbraucht.

Insbesondere zur Herstellung von Grundstoffen wie zum Beispiel Olefine, Aromate, Ammoniak und Chlor würde die Branche gigantische Mengen an Strom benötigen, wenn die entsprechenden Produktionsprozesse CO<sub>2</sub>-frei sein sollen. ....

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nord-stream-2-regierung-verweigert-einblick-in-brisantes-gutachten-a-89f00146-f54e-4a77-b5b6-af13b718fcdd> 29.4.2022

Regierung verweigert Einblick in brisantes Gutachten zu Nord Stream 2

Das Wirtschaftsministerium hält ein Gutachten der Vorgängerregierung zur umstrittenen Ostseepipeline unter Verschluss. Die Begründung ist bemerkenswert.

Das Vorgehen war ungewöhnlich: Zwei Tage, bevor die schwarz-rote Bundesregierung im vergangenen Herbst nur noch geschäftsführend im Amt war, reichte das Bundeswirtschaftsministerium unter [CDU-Minister Peter Altmaier](#) die sogenannte Versorgungssicherheitsanalyse zu Nord Stream 2 bei der Bundesnetzagentur ein.

Es war ein zentraler Baustein im Genehmigungsverfahren der [Ostseepipeline](#). Nach Insiderinformationen enthielt das Gutachten ein positives Votum für das deutsch-russische Projekt. Tenor: Die Sicherheit der Gasversorgung in Deutschland werde durch den Bau nicht gefährdet.

Im Januar beantragte der SPIEGEL auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes Einblick in das brisante Papier. Das Bundeswirtschaftsministerium von [Robert Habeck](#) (Grüne) hat das Begehren nun abgelehnt. Es begründete dies unter anderem damit, dass die Beratungen zur Genehmigung des Projekts noch nicht abgeschlossen seien und »der Geheimhaltungs- und Vertraulichkeitspflicht« unterliegen.

Dabei hatte Habeck zwei Tage vor Russlands Angriff auf die [Ukraine](#) das Genehmigungsverfahren auf Eis gelegt. Die schwarz-rote Vorgängerregierung hatte die Analyse (»Nur für den Dienstgebrauch«) im Oktober 2021 erstellt. Diese stützt sich laut Insidern wesentlich auf Daten des Pipeline-Hauptbetreibers [Gazprom](#).

In der Begründung für die Ablehnung des SPIEGEL-Antrags klingt das an. Eine Veröffentlichung würde »hohen politischen Druck auf die

Bundesregierung« aufbauen und könne »für die diplomatischen Beziehungen innerhalb der EU, gegenüber der Ukraine und im transatlantischen Verhältnis nachteilig« sein, schreibt das Ministerium. Durch die »Völkerrechtsverletzungen Russlands und den Angriff auf die Ukraine« hätten sich die Umstände deutlich geändert.

<https://www.electrive.net/2022/05/03/paris-legt-fast-ein-drittel-der-e-bus-flotte-still/> 3.5.2022

Paris legt fast ein Drittel der E-Bus-Flotte still

In Paris hat der Betreiber RATP vorsorglich den Einsatz von 149 Elektrobussen der Marke Bolloré pausiert. Hintergrund ist, dass am Freitag ein Bus in Brand geraten ist – das zweite Mal innerhalb eines Monats.

RATP hat von Bolloré ein umfassendes Gutachten angefordert, um die Ursachen dieser Vorfälle herauszufinden und einen Aktionsplan vorzuschlagen, wie diese E-Busse wieder sicher in Betrieb genommen werden können.

Der ÖPNV-Betreiber betont aber, dass er seit 2016 Elektrobusse ohne größere Zwischenfälle einsetzt. RATP hat rund 500 Elektrobusse von drei verschiedenen Herstellern im Betrieb.